

Beschluss Nr. 2

Gerechtes und nachhaltiges Wirtschaften muss über den zertifizierten Fairen Handel hinausgehen

Als Akteurin für eine nachhaltige ländliche Entwicklung weltweit setzt sich die Katholische Landjugendbewegung Deutschlands (KLJB) für eine Welt mit gerechtem Zugang zu Ressourcen und Chancengleichheit ein. Deshalb fordern KLJBlerinnen und KLJBler faire Lebens- und Arbeitsbedingungen, nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster und gerechte Handelsbeziehungen.

Der zertifizierte Faire Handel¹ hat in den letzten Jahren eine starke Ausweitung erfahren und erfreut sich einer zunehmenden Vielfalt an Produkten, AkteurInnen, Siegeln und Systemen. Was jedoch für die KLJB zählt, sind neben fairen Labels auch und vor allem faire Taten. Ökologische und soziale Verantwortung muss die Grundlage aller wirtschaftlichen Entscheidungen und Beziehungen sein.

Die KLJB fordert, die Prinzipien des zertifizierten Fairen Handels als verbindliche Richtlinien für Politik, Handel, Produktion und Unternehmen zu verankern. Auch Verbraucherinnen und Verbraucher sind aufgefordert, ihren Konsum an ökologischen und sozialen Kriterien auszurichten. Die KLJB richtet sich mit diesem Appell daher an alle Akteurinnen und Akteure in Produktion, Handel, Politik und Gesellschaft.

Grundsätze gerechten und nachhaltigen Wirtschaftens

Die KLJB ist davon überzeugt, dass ökologisch und sozial verantwortliches Produzieren und Wirtschaften weltweit möglich ist. Die folgenden Verpflichtungen enden nicht an Landesgrenzen, sondern sind Kern der globalen Verantwortung international Handelnder.

➤ **Sicherstellung von menschenwürdigen Lebensbedingungen und Ernährungssouveränität**

Unternehmerische Tätigkeiten dürfen nicht auf Kosten der Lebensbedingungen der Arbeitenden² gehen. Sie müssen die Einhaltung aller Menschenrechte sicherstellen. Das Recht auf Nahrung und der Erhalt der Schöpfung müssen gewährleistet sein.

➤ **Nachhaltigkeit der gesamten Wertschöpfungskette**

Nachhaltigkeit bedeutet, dass ökonomische, ökologische und soziale Interessen auf eine Art verfolgt werden, die auch kommenden Generationen die Chance lässt, ihre Bedürfnisse zu befriedigen. Von der Rohstoffgewinnung bis zum Endverbrauch oder Recycling muss sichergestellt sein, dass die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten werden. Entlang der gesamten Wertschöpfungskette sind aktive Mitbestimmung, Zugang zu Bildung, die Wertschätzung des Gegenübers und das Fördern interkultureller Kompetenzen grundlegend.

¹ Der zertifizierte Faire Handel (international: Fair Trade) definiert verbindliche Regeln und Kriterien für ein alternatives Handelsmodell. Ziel des Fairen Handels ist die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen von benachteiligten Produzierenden und die gerechtere Gestaltung des internationalen Handels. Der Faire Handel versteht sich als Handelspartnerschaft, die auf Dialog, Transparenz und Respekt beruht und zu nachhaltiger ländlicher Entwicklung beiträgt. Weitere wichtige Elemente des Fair-Handels-Systems sind Beratung und Unterstützung der Produzierenden, politische Lobbyarbeit sowie Kampagnenarbeit zur Sensibilisierung der Konsumierenden.

² Das gilt für Kleinbauern und -bäuerinnen, Plantagenarbeitende genauso wie für Arbeitende in Fabriken oder anderen Produktionsformen – im Herkunftsland so wie in Deutschland.

➤ **Unternehmensverantwortung als Grundhaltung und Maßstab**

Corporate Social Responsibility (CSR) muss ein wichtiger Teil der Unternehmenspolitik sein. Dies beinhaltet zusätzliche, freiwillige Maßnahmen eines Unternehmens, die das Bekenntnis zu sozialer und umweltfreundlicher Produktion unterstreichen. Diese dürfen jedoch nicht als Feigenblatt dienen, das über unfaires Handeln in anderen Bereichen hinwegsehen lässt.

Forderungen an alle AkteurlInnen

Um gerechtes und nachhaltiges Wirtschaften weltweit zu erreichen, fordert die KLJB von allen Akteurinnen und Akteuren, ihre jeweilige Verantwortung zu übernehmen.

Wirtschaft

- Zahlung existenzsichernder Löhne und Preise entlang der gesamten Wertschöpfungskette
- Einhaltung von Sozialstandards und ILO-Kernarbeitsnormen³, u.a. bezüglich gewerkschaftlicher Organisation, Verhinderung von Zwangsarbeit und Kinderarbeit, gesundheitlicher und sozialer Sicherheit entlang der gesamten Wertschöpfungskette
- Beteiligung an Kontrollinstanzen, z.B. Multistakeholder-Initiativen⁴, zur Überwachung und gemeinschaftlichen Verbesserung von Produktions- und Arbeitsbedingungen
- Förderung der verarbeitenden Industrien in rohstoffreichen Ländern
- Umweltverträglicher An- und Abbau, schonende Nutzung und Weiterverarbeitung sowie Wiederverwendung von Rohstoffen und Produkten
- Verantwortungsvoller Umgang mit der lebenswichtigen Ressource Wasser
- Fördern einer Unternehmenskultur, die von Transparenz, Dialog und Respekt geprägt ist

Politik

Internationale Ebenen:

- Ausbau internationaler Kontrollinstanzen, die die Einhaltung der Arbeits- und Menschenrechte sicherstellen
- Formulierung und Durchsetzung von Standards für die Nachhaltigkeit aller Wertschöpfungsketten
- Sichern des Rechts auf nationale Souveränität jedes Landes durch die Verankerung in den Welthandelsregeln, einschließlich der Kontrolle von Importen, dem Schutz vor Dumping und vor Zerstörung lokaler Märkte
- Überprüfung und Einhaltung der Verpflichtungen aus den UN-Konventionen, z.B. über den Klimawandel (UNFCCC)⁵ und der biologischen Vielfalt (CBD)⁶

Nationale Ebenen:

- Gewährleisten des Zugang der lokalen Bevölkerung zu lebenswichtigen, produktiven Ressourcen und Sicherung ihres Mitbestimmungsrechts
- Vorzug der Nahrungsmittelproduktion für den regionalen Bedarf vor einer exportorientierten Produktion
- Schutz und Förderung kleiner Strukturen, regionaler Märkte und Wirtschaftskreisläufe
- Verhinderung von Monopolbildung

³ Die International Labour Organisation (ILO) ist die Sonderorganisation der UN zur Überwachung und Verbesserung von Arbeits- und Lebensbedingungen. Mit der Verabschiedung der Erklärung über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit im Jahre 1998 haben sich die 181 Mitgliedstaaten der ILO dazu verpflichtet, eine Reihe von Kernarbeitsnormen zu respektieren. Siehe: www.ilo.org

⁴ In einer Multistakeholder-Initiative schließen sich verschiedene Interessensgruppen (Stakeholder) – etwa VertreterInnen der Arbeitenden, der Gewerkschaften, des Unternehmens, von Nichtregierungsorganisationen – zusammen. Sie beraten gemeinsam über spezifische Fragestellungen, bspw. die Einhaltung und Überwachung von Verhaltenskodizes eines Unternehmens.

⁵ UNFCCC steht für *United Nations Framework Convention on Climate Change*, ein internationales Abkommen zum Umgang mit den Auswirkungen der Globalen Erwärmung und des Klimawandels. Der Vertrag wurde 1994 von 192 Staaten unterzeichnet.

⁶ Die *Convention on Biological Diversity* (CBD) trat Ende 1993 in Kraft. Sie verfolgt drei Hauptziele der Bewahrung, des Nutzens und des gerechten Teilens der biologischen Vielfalt.

- Unterbinden der Privatisierung von Wasser, der Patentierung von Saatgut, Pflanzen und Tieren, von Landnahme (Land grabbing) und ähnlichen unfairen Maßnahmen
- Schaffen von Rahmenbedingungen und gesetzlichen Anreizen für nachhaltiges Produzieren, Handeln und Konsumieren
- Einführen gesetzlicher Regelungen und Kontrollen zur Einhaltung der Menschenrechte
- Investitionen in Bewusstseinsbildung und Verbraucherinformation

Gesellschaft

- Ausüben der Macht als kritisch Konsumierende
- Bevorzugen von Produkten, die regional, ökologisch und fair produziert sind
- Pflegen eines nachhaltigen Lebensstils
- Initiieren und Unterstützen von Kampagnen und politischer Lobbyarbeit, um den Druck von Verbraucherseite zu erhöhen